

Aufbauspritze statt Beruhigungsmittel für den Osten

Der Staat sollte die Sozialabgaben für Geringverdiener übernehmen, um die Arbeitskosten zu senken / Die Magdeburger Alternative

Die Umsetzung der Hartz-IV-Reform trifft die neuen Bundesländer an ihrer empfindlichsten Stelle, denn sie berührt ihre wichtigste Einnahmequelle, die staatlichen Transferleistungen. Jeder dritte Euro, der in Ostdeutschland ausgegeben wird, stammt aus dieser Quelle. Wenn sich nun die Empfänger des Arbeitslosengeldes II demnächst einer Bedürftigkeitsprüfung unterziehen müssen, bei der das Einkommen der Verwandtschaft ebenso berücksichtigt wird wie das eigene Vermögen, wird das zur Folge haben, daß viele Hilfeempfänger in Zukunft leer ausgehen und die Transferleistungen ersatzlos wegfallen.

Das trifft vor allem den lokalen Wirtschaftssektor, in dem Güter erzeugt werden, die nicht exportiert oder importiert werden können. Bislang gibt es in den neuen Ländern eine zum Westniveau vergleichbare Zahl von Friseuren, Handwerkern oder Einzelhandelsgeschäften. Damit wird es vorbei sein, wenn tatsächlich etwa 2,5 Milliarden Euro Transferleistungen jährlich ausfallen, wie das IWH in Halle prognostiziert. Da kaum damit gerechnet werden kann, daß der Sektor der exportfähigen Güter stark genug wächst, um diesen Kaufkraftausfall auszugleichen, dürfte sich die ohnehin miserable Stimmung in den neuen Ländern bald weiter verschlechtern. Wen wundert es da, daß die Ministerpräsidenten in parteiübergreifender Eintracht beim Bundeskanzler vorstellig wurden und ihre Misere beklagten?

Der Kanzler hat sie nicht mit leeren Händen weggeschickt. Er gab ihnen das, was die neuen Länder seit Jahren bekommen: Medikamente, die an ihrem Leiden zwar nichts ändern, aber die Bevölkerung ruhig-

stellen. Anstatt zu therapieren, wird der Patient sediert. Die Politik ist ratlos, sie hat keine Ahnung, wie sie die Wirtschaft Ostdeutschlands in Gang bringen soll, und der überbordenden Arbeitslosigkeit steht sie erst recht hilflos gegenüber. Die üblichen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben sich im Osten genauso wirkungslos gezeigt wie an anderer Stelle. Das hindert die Berliner Regierung aber nicht daran, genau diese Instrumente einzusetzen. So sind mehr als 40 Prozent der 6,35 Milliarden Euro, die für „Eingliederungsmaßnahmen“ im nächsten Jahr ausgegeben werden, für den Osten reserviert. Das alles läuft darauf hinaus, daß wir in den nächsten Jahren ein gewohntes Arbeitsmarktszenario vorfinden werden: Es wird wieder mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geben ohne nennenswerte Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt, mehr Lohnkostenzuschüsse, die außer Mitnahmeeffekten nichts bewirken, und vielleicht mehr kommunale Beschäftigungstherapie für Langzeitarbeitslose. Nur zwei Dinge wird es nicht geben: mehr Jobs und Aussicht auf Besserung.

Die Hartz-IV-Reform versucht, den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen. Das ist zweifellos notwendig, denn unter den gegebenen Umständen haben insbesondere gering qualifizierte Langzeitarbeitslo-



Ronnie Schoeb



Joachim Weimann

se keinen ausreichenden Anreiz, sich um Arbeit zu bemühen. Es lohnt sich schlicht nicht, wenn man mit Arbeit nur wenig mehr verdienen kann, als man ohne Arbeit bekommt. Aber die Arbeitsmarktreformen I bis IV haben allesamt einen schwerwiegenden Fehler. Sie übersehen, daß es auf beiden Seiten des Marktes hapert: Es wird zuwenig Arbeit angeboten, weil die Arbeitsanreize fehlen, und es wird zuwenig einfache Arbeit nachgefragt, weil sie in Deutschland ganz einfach zu teuer ist. Die Hartz-Reformen haben bisher ausschließlich die Anreizproblematik im Visier. Die zu hohen Arbeitskosten werden faktisch ignoriert.

In Ostdeutschland kommt auf der Nachfrageseite ein weiteres Problem hinzu. Die Unternehmensdichte ist nach wie vor viel zu gering. Vor allem große Unternehmen, die den Kern von Unternehmensagglomerationen bilden können, gibt es zuwenig. Auch diesbezüglich werden die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Hilfen nichts bewirken. Was wir statt dessen erwarten dürfen, sind gleichbleibend hohe Arbeitskosten und zuwenig Unternehmen im Osten, dafür sinken aber die Transferleistungen etwas weniger als befürchtet.

Die Bundesregierung muß sich genauso wie die Ministerpräsidenten der neuen Länder die Frage stellen, ob es keine Alternative zu einer Politik gibt, die sich nur darauf beschränkt, das Problem zu verwalten, indem die Betroffenen ruhiggestellt werden. Der neue Bundespräsident hat viel Applaus bekommen, als er von der Politik Mut zu neuen Ideen einforderte. Die neuen Bundesländer sind genau der richtige Ort, solche neuen Ideen endlich einmal in die Tat umzusetzen. Man muß sich dabei darüber im klaren sein, daß es nicht an guten Ideen mangelt, es mangelt tatsächlich am politischen Mut, sie umzusetzen. Wäre dieser Mut vorhanden, könnten Politiker anders handeln.

Erstens würden sie ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht auf die Regio-

nen konzentrieren, die die höchsten Arbeitslosenraten aufweisen, sondern auf diejenigen Regionen, in denen die Maßnahmen am meisten Erfolg versprechen. Die Vorzeigeregionen Jena, Dresden oder Leipzig zeigen, wie es gehen kann: Die Ansiedlung großer Unternehmen und die Gründung neuer Unternehmen müssen gefördert und durch gezielten Ausbau von Wissenschaftslandschaft und Bildungssystem begleitet werden. Die Arbeitsmarktreform muß zudem zielgerecht eingesetzt werden, um die Arbeitskosten für die Unternehmen zu senken. Die Autoren haben mit der Magdeburger Alternative einen Vorschlag vorgelegt, der die Bruttolöhne dadurch um mehr als ein Drittel senkt, daß sämtliche Sozialversicherungsabgaben zusätzlich beschäftigter Hilfeempfänger aus dem Bundeshaushalt bestritten werden.

Dies kann geschehen, ohne die Nettolöhne der Arbeitnehmer zu reduzieren und in die Tarifautonomie einzugreifen. Indem die Subvention nur für zusätzliche Beschäftigung, gemessen an der Zahl der Beschäftigten in der untersten Tariflohngruppe zu einem Stichtag, gewährt wird, kann die Verdrängung von nichtsubventionierter Arbeit innerhalb eines Unternehmens verhindert werden. Außerdem sieht die Magdeburger Alternative vor, zusätzlich zu einem neu eingestellten auch die Sozialabgaben eines bereits Beschäftigten zu erstatten, um Anreize zur Auslagerung von nichtsubventionierter Beschäftigung zu verringern.

Ronnie Schöb und Joachim Weimann sind Professoren der Wirtschaftswissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Verfasser des Buches „Arbeit ist machbar“, in dem die Magdeburger Alternative vorgestellt wird. Fotos privat